



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 15.12.2011

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

ohne TOP 6

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

ab TOP 2.1

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

ab TOP 2.1

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Beck, Forstamt	bis TOP 2.2
Frau Blum, Eigenbetrieb Stadtentwässerung	ab TOP 2.2 bis TOP 5
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Länge, Ordnungsamt	ab TOP 2.1
Herr Laub, Tiefbauamt	ab TOP 2.2 bis TOP 5
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	bis TOP 2.2
Herr Merkle, Baubetriebsamt	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 2.2
Herr Rechmann, Tiefbauamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	
Herr Walz, Gebäudemanagement	ab TOP 5
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Haushaltsplan 2012	
2.1.	Stellenplan und Personalkosten für das Haushaltsjahr 2012 Ergänzende Informationen nach der Sitzung des Ältestenrats vom 06.12.2011	204/2011
2.2.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haus- haltsjahr 2012 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	201/2011
3.	Schlussbericht: Prüfung des Jahresabschlusses 2010 der Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach	163/2011
4.	Weiterentwicklung des Projekts "Sichere Stadt" - Fortführung des Prä- senzdienstes durch den Dornahof in den Jahren 2012 und 2013	173/2011
5.	Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Ab- wassersatzung AbwS) Festsetzung der Abwassergebühren	187/2011
6.	Haushaltsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Haushaltsjahr 2012	202/2011
7.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach Wirtschaftsplan 2012	196/2011
8.	Bebauungsplan "GE 1 - Flugplatz/Grünzug Weißes Bild" a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung des Regelwerkentwurfes	197/2011
9.	9. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung	188/2011
10.	Qualifizierung auf die Bedarfe der Zukunft - Stadtquartiere WEITER DENKEN	191/2011
11.	Dank an den Gemeinderat für das abgelaufene Jahr	
12.	Verschiedenes - Weihnachtswünsche des ersten ehrenamtlichen OB- Stellvertreters	

Die Mitglieder wurden am 01.12.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in der
Schwäbischen Zeitung, Ausgabe Biberach am 09.12.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die beigelegte Drucksache Nr. 204/2011 zur Beratung vor, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist. Ferner ist der Entwurf des Stellenplans Bestandteil der Beratung.

OB Fettback macht darauf aufmerksam, dass man das Verfahren anders als sonst üblich gestalten und den Personalhaushalt vorab beraten. Die Empfehlungen entsprächen überwiegend dem, was er und alle mit Führungsverantwortung in der Verwaltung für notwendig erachteten, einschließlich der Stelle Projektassistenz, die im Vorjahr sehr umstritten gewesen sei.

Zum Antrag der Grünen zur Museumspädagogik habe man eine andere Ansicht. Für 2012 seien auch andere Fördertöpfe vorgesehen und eine Erledigung der Aufgabe über Projektförderung vorgesehen. Der Antrag wäre auch systemwidrig, da die Schulen einen entsprechenden Bedarf formulieren müssten.

StR Abele geht auf das allgemein übliche Verfahren bei der Beratung des Stellenplans ein und begründet den abweichenden Verfahrens Antrag unter anderem mit mehr Transparenz für die Bürger.

Daher solle über die einzelnen Stellenplanveränderungen einzeln abgestimmt werden. Dadurch könne jede Fraktion ihre Haltung zu einzelnen Stellen kundtun und sich auch allgemein zum Stellenplan äußern. Er gehe davon aus, dass künftig entsprechend verfahren werde.

Er geht auf die einzelnen in Drucksache Nr. 204/2011 aufgeführten Veränderungen ein.

Bezüglich der Ausbildungssachbearbeitung sei man sich einig, dass es sich hier um eine Zukunftsaufgabe handle und man tätig werden müsse, um im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft bestehen zu können. Hierfür benötige man junges, motiviertes Personal. Wenn die Stellenaufstockung hierzu beitragen könne, sei dies in Ordnung.

Über die Elektrikerstelle beim Gebäudemanagement habe man lange diskutiert. Da die Beschlüsse erst 2012 Wirkung entfalten würden, halte man es für möglich, diese Stelle erst ein Jahr später zu schaffen.

Lange diskutiert habe man auch über die Aufstockung des Gemeindevollzugsdienstes. Zielsetzung der Aufstockung sei, dass das Personal nicht dazu eingesetzt werde, um mehr Knöllchen zu verteilen. Hilfreich für eine Zustimmung zu dieser Aufstockung sei die Befristung der Stelle gewesen.

Die zusätzliche Sachbearbeiterstelle beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport sei notwendig, nicht jedoch die Aufstockung der Zuarbeit. Während der Beratung habe man erfahren, dass der Hospital selbst in die Verwaltung seiner Betreuungseinrichtungen einsteigen wolle und dann keinen entsprechenden Verwaltungskostenbeitrag mehr an die Stadt bezahlen werde. Dann falle auch weniger Verwaltungsarbeit bei der Stadt an und die Aufstockung sei nicht mehr notwendig, wenn man die Arbeiten intelligent verschiebe. Es handle sich um eine Grundsatzfrage, auch wenn es sich nur um einen Betrag von 10.000 Euro handle.

Man sei ebenfalls gegen die Aufstockung der Stelle Museumspädagogik, wie dies von den Grünen beantragt worden sei.

Generell führt er noch aus, vor zwölf Jahren habe im Gemeinderat noch die Devise geherrscht, dass die Personalkosten eine Schallgrenze von 30 Mio. DM nicht überschreiten dürften. Heute betrage der Personalhaushalt umgerechnet fast 46 Mio. DM. Beim Blick in alte Wahlprogramme habe er sogar als Ziel formuliert gelesen, die Personalkosten zu reduzieren. Da dies nicht funktioniert habe, habe man sich um Aufgabenkritik bemüht und mit dem Hauptamt begonnen. Diese Aufgabe sei aber nicht weiter verfolgt worden. Dann habe man sich darauf geeinigt, dass die Personalkostensteigerung höchstens so hoch ausfallen dürfe wie die Tarifsteigerung. Auch dies habe nicht funktioniert. Somit seien alle Versuche, die Personalkosten zu reduzieren gescheitert. Daher stelle er die Frage, ob es richtig wäre, den Stellenplan abzulehnen. Er verneint dies, da dies gravierende negative Folgen hätte und beispielsweise notwendige Arbeiten beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport liegen blieben. Auch Betreuungspersonal könnte nicht eingestellt werden. Daher werde die CDU-Fraktion dem Stellenplan zustimmen.

Dennoch sei auch für die CDU-Fraktion die Spitze erreicht und man sehe Einsparpotentiale. Er regt an, die Diskussion der Vergangenheit erneut aufzugreifen und mit Strukturvisionen und kreativen Ideen zu überlegen, wie Mehrarbeit mit dem bestehenden Personalkörper aufgefangen werden könnte und welche Aufgaben irgendwann zur Disposition gestellt werden könnten. Man solle unaufgeregt eine Strukturkommission unter Leitung des Oberbürgermeisters mit den Dezernenten, dem Personalrat und Fraktionsvertretern einrichten. Dabei hielte er es für ausreichend, wenn die Fraktionen beim Kick-off dabei wären. Er sähe die Chance, ohne Druck durch dramatische Haushaltssituationen sich generelle Gedanken zum Haushalt zu machen. Er betont, dass es sich hierbei nicht um einen offiziellen Antrag handle und dass dies nichts mit einer Kritik an der Leistung der Stadtverwaltung zu tun habe.

Auf einen Einwand von OB Fettback, dass keine gesonderte Abstimmung über den Personalhaushalt von ihm gedacht gewesen sei, betont StR Abele, dass er eine Gesamtabstimmung zum Stellenplan wünscht.

StRin Kübler bezeichnet es als Besonderheit, vorab über den Stellenplan zu diskutieren. Sie stehe diesem Verfahren noch sehr skeptisch gegenüber und ob das hohe Ziel von mehr Transparenz gelinge und nicht Empfehlungen in Frage gestellt würden. Transparenz wäre ihres Erachtens auch durch ein Einbinden in die Haushaltsreden möglich gewesen.

Man unterstütze die Verwaltung im Bemühen um weitere Personalunterstützung, da die Aufgaben im Bildungs- und Betreuungsbereich enorm gestiegen seien. Service für Bürger müsse man am Ende auch mit Steuergeldern bezahlen und motivierte Mitarbeiter seien wichtig für die Verwaltung. Daher müsse man ihre Arbeit auch wertschätzen. Personalpolitik sei mehr als nur Kostenstellen. Man müsse die Anstrengungen erhöhen, qualifiziertes Personal zu halten. Die Stellenmehrungen seien von der Verwaltung plausibel begründet, weshalb die SPD-Fraktion zustimme. Man habe lediglich zwei Anträge gehabt, nämlich eine Projektassistenz für den Oberbürgermeister und die Stelle des Organisationsentwicklers, allerdings mit Sperrvermerk versehen. Schon zu den letzten Haushaltsberatungen habe man die Stelle Projektassistenz als erforderlich bezeichnet und dass es eine ganze Stelle sein sollte. Man sei froh über den erreichten Kompromiss.

Da neue Stellen immer nach Dringlichkeit und Zweckmäßigkeit hinterfragt würden, sei ein Organisationsmanagement ein wichtiges Steuerungsinstrument auch vor dem Hintergrund der Aus-

führungen von StR Abele, wonach nicht der Gemeinderat gefragt sei, sondern Sach- und Fachkompetenz.

Die Stelle des Elektrikers sei in der Klausurtagung aufgrund der vorgezogenen Maßnahmen zugesagt und die SPD-Fraktion stehe weiter zu ihrem Wort. Es sei nachvollziehbar erklärt worden, warum diese Stelle im Vorfeld der Maßnahmen benötigt werde.

Die Stärkung des Gemeindevollzugsdiensts bezeichnet sie als wichtige Maßnahme zur subjektiven Erhöhung des Sicherheitsgefühls und um liegengeliebene Aufgaben anzugehen.

Sie fragt, ob mit einer Anhebung um 1,5 Stellen beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport gewährleistet sei, dass das Amt ausreichend ausgestattet wäre. Aufgrund der vielen anstehenden Aufgaben sei eine Verstärkung nachvollziehbar, verunsichert habe jedoch die Ankündigung einer eigenen Verwaltung für diese Aufgaben durch den Hospital und man habe auf Fragen keine befriedigenden Antworten erhalten. Die SPD-Fraktion sei überzeugt, dass das Betreuungswesen in einem Amt richtig sei. Auch in der Zukunftswerkstatt zum Familienbericht sei sehr deutlich geworden, dass sich Familien einen Ansprechpartner wünschten. Auch für die Entwicklung im Betreuungsbereich sei dies sinnvoller. Es könne nicht sein, dass die Hospitalräte alleine über diese Aufgabentrennung entscheiden.

Dann nimmt sie noch zur Museumspädagogik und dem Antrag der Grünen Stellung und bemerkt, man wolle zunächst abwarten, wie sich das neue Kooperationsprojekt entwickle, weshalb die SPD momentan den Antrag ablehne.

StR Zügel bezeichnet den Gemeinderat im Bereich Bildung und Betreuung als Getriebenen. Das Ende der Entwicklung sei noch nicht erreicht. Die Verwaltung habe in der Vergangenheit durchaus Zurückhaltung praktiziert, was das Personal betreffe, dies sei aber aufgrund von Gemeinderatsbeschlüssen aufgegeben worden mit der Folge, dass die Personalkosten bei einer maßvoll einkalkulierten Tarifsteigerung anstiegen. Fixkosten engten Handlungsspielräume der Zukunft ein und man benötige eine Weichenstellung für die nächsten fünf Jahre.

Er bezeichnet eine Einzelabstimmung über die einzelnen Veränderungen des Stellenplans als gute Idee, da so jede Fraktion verdeutlichen könne, welche Stelle ihr wichtig sei und welche nicht. Eine Gesamtabstimmung über den Stellenplan sei thematisch nicht logisch, da er Bestandteil des Haushaltsplans sei. Er **beantragt** daher, nicht separat über den Stellenplan abzustimmen.

Zur Begründung einzelner Stellen lässt er wissen, die Freien Wähler befürworteten die Projektassistenz auch aufgrund der Dezernatsoptimierungen. Ferner sei man einverstanden mit den Verbesserungen im Betreuungsbereich, der Aufstockung, der Ausbildungs- und der EDV-Sachbearbeitung. Sie dienten der Qualitätssteigerung im Verwaltungshandeln und seien auch unter Sparsamkeitsgesichtspunkten zu rechtfertigen, denn sie seien in der Wirkung nachhaltig. Dem wichtigen Bedürfnis nach Sicherheit und Sauberkeit müsse die Politik Rechnung tragen, weshalb man der Aufstockung im Gemeindevollzugsdienst zustimme. Für falsch halte man dagegen Stellenvermehrungen als Folge der Beschlüsse aus der Klausurtagung, da sie den Verwaltungshaushalt in den nächsten fünf Jahren belasteten, was bei sparsamem Handeln des Gemeinderats hätte vermieden werden können.

Ein weiteres Beispiel sei der Antrag der Grünen. Obwohl die Museumsverwaltung eine Aufstockung der Museumspädagogik ablehne, beantragten dies die Grünen, was Kopfschütteln verursache.

Als Fazit stellt er fest, in der Vergangenheit habe die Verwaltung die Personalkosten im Griff gehabt und als attraktiver Arbeitgeber die Aufgaben gut erbringen können. Dem Wunsch der Gemeinderatsmehrheit, die Personalkosten aufzublähen stimmten die Freien Wähler nicht zu.

StR Späh äußert sich zum Stellenplan wie folgt: "Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer und Pressevertreter. Wir haben in diesem Jahr ein Novum bei diesen Abschlussberatungen. Durch den Antrag der CDU einzelne Punkte aus den Beratungen des Stellenplanes aus dem Hauptausschuss nun in öffentlicher Sitzung nochmals zu beraten und abzustimmen, schaffen wir für die Öffentlichkeit die Möglichkeit die Argumentationen zu einzelnen Punkten und die Stellungnahmen der Fraktionen zu erfahren. Allerdings sind die vorliegenden Positionen willkürlich aus dem Gesamtpaket genommen und vermitteln deshalb kein umfassendes Gesamtbild der Stellenplanberatungen. Ob es auch politisch Sinn macht, eventuell einzelne Fraktionen in ihrem Abstimmungsverhalten zu einer öffentlichen Aussage zu veranlassen, bleibt dahingestellt. In der Drucksache 204/2011 sind die einzelnen Punkte aufgeführt. Für meine Fraktion kann ich dazu folgendes ausführen.

Die Projektassistenz für den OB haben wir bereits in der ersten Stellungnahme als ganze Stelle für notwendig erachtet. Dies konnte nun in den Beratungen einvernehmlich mit Abstrichen und Kompromissen erreicht werden. Dies ist eine gute Lösung. Die Organisationsentwicklung haben wir auch für notwendig erachtet. Deshalb haben wir ihr auch zugestimmt. Die Mehrheit sah dies leider anders. Die EDV-Verstärkung konnte uns von der Verwaltung positiv begründet werden. Der Ausbildungssachbearbeitung konnten wir auch ohne Vorbehalte zustimmen. Dass die Elekrikerstelle um ein Jahr verschoben wird, halten wir für einen Fehler und stimmen der Verschiebung um ein Jahr nicht zu. Die zwei halben Stellen im Ordnungsamt halten wir für die Neustrukturierung der abendlichen Sicherheit in der Stadt für richtig. Die Zeitanteile für das Amt Bildung, Betreuung und Sport halten wir für sachgerecht. Der Antrag von unserer Fraktion die halbe Stelle Museumspädagogik auf eine ganze Stelle zu erhöhen, fand leider keine Mehrheit. Wir wollen sie nun nochmals hier im Gemeinderat zur Abstimmung stellen, weil wir der festen Überzeugung sind, dass sie dringend notwendig ist, um die Museumspädagogik durch die Ganztagesentwicklung in den Schulen verstärkt für junge Menschen anbieten zu können. Diese Schüler sollen die Nutzer von morgen sein. Deshalb ist eine frühzeitige Heranführung an das Museum notwendig. Die Stellen für die Kinderbetreuung im Rahmen der neuen Kita-Verordnung tragen wir mit. Auch die Architekten-Stelle für fünf Jahre zur Umsetzung der Klausurbeschlüsse macht Sinn. Wir denken, dass wir diese Planberatungen sinnvoll begleitet haben. Danke für ihre Aufmerksamkeit."

Es wird applaudiert.

StR Funk führt aus, bei den Haushaltsreden habe die FDP-Fraktion immer ein Thema intensiver bearbeitet. Bei der ersten Haushaltslesung habe es sich hierbei um den Stellenplan gehandelt. Er zitiert einen Auszug hieraus und lässt wissen, die FDP-Fraktion sei grundsätzlich dafür, den Haushalt öffentlich vorzubereiten.

Das Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion sei klar: Man stimme sämtlichen Stellen im Kindergartenbereich zu. Die restlichen Stellen aus dem Bereich Betreuung habe man kritisch untersucht. Da es sich um keine gigantischen Summen handle, stimme man auch diesen Stellenveränderun-

gen zu. Die Architektenstelle, die Elektrikerstelle und die EDV-Stelle lehne man dagegen ab und spreche sich für Fremdvergaben aus. Der Kompromiss für die OB-Assistentenstelle sei mit Grund für die Ablehnung des Haushalts durch die FDP-Fraktion. Es sei nicht gut, die Springerstelle so einzusetzen. Wer sich 2008 für die Dezernentenstelle ausgesprochen habe, könne nicht drei Jahre später eine andere Organisationsstruktur mit einer weiteren Stelle beantragen. Bei einem ambitionierten Stellenplan erwarte man vom Oberbürgermeister Vorbildfunktion und nicht Vorreiter in eine Richtung zu sein, bei der man an Grenzen gekommen sei. Die Springerstelle sei gut durchdacht gewesen und eine Zweckentfremdung durch Dezernat I nicht gut. Die FDP-Fraktion habe kein Problem mit einer öffentlichen, separaten Abstimmung über den Stellenplan.

OB Fettback erwidert, die Stellenplanberatung sei immer ein Kompromiss. Er finde es schade, dass an einer so kleinen Stelle die Ablehnung des Haushaltsplans festgemacht werde. Die Verwaltung schlage im Gegenzug eine globale Minderausgabe von 100.000 Euro vor. Die Personalkosten in Biberach erschienen im Vergleich mit anderen Kommunen hoch, man müsse sie aber auf die Einwohnerzahl von 50 000 hochrechnen, da man de facto eine Infrastruktur in dieser Größenordnung vorhalte.

EBM Wersch führt aus, das Problem beim Stellenplan insgesamt sei, dass keine detaillierte Untersuchungen vorausgegangen seien. Man habe aber einen enormen Arbeitsaufwand durch Projekte, die man bewegen müsse. Was den Personalbedarf für die Krippenverwaltung betreffe, seien die 1,4 Stellen nach einem vorsichtigen Wachstum im Krippenbereich gerechnet. Angesichts der Gesamtaufgabenstellung und da eine Gesamtsteuerung der Kindergärten und Krippen immer beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport erfolgt sei, halte er es für sinnvoll, einen Sperrvermerk anzubringen und die Entwicklung abzuwarten, bis mehr Klarheit herrsche.

StR Abele fände es o.k., wenn ein Sperrvermerk angebracht würde.

Anschließend wird über die einzelnen Veränderungen des Stellenplans gemäß der Anlage zu Drucksache Nr. 204/2011 abgestimmt.

Der Stelle Projektassistenz beim Oberbürgermeister wird mit 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Der Streichung der Stelle Organisationsentwicklung wird mehrheitlich zugestimmt.

Die Stelle EDV/Kommunikation wird bei 3 Nein-Stimmen in den Stellenplan aufgenommen.

Der Aufstockung der Ausbildungssachbearbeitung um eine halbe Stelle wird einstimmig zugestimmt.

Die Schaffung der Elektrikerstelle beim Gebäudemanagement wird bei 2 Nein-Stimmen mehrheitlich um ein Jahr verschoben.

Der Schaffung von zwei 0,5 Stellen befristet auf zwei Jahre im Gemeindevollzugsdienst wird bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Der Schaffung einer Sachbearbeiterstelle befristet auf fünf Jahre beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport wird bei 5 Nein-Stimmen (StRe Dr. Compter, Goeth, Heinkele, Rieger, Zügel) zugestimmt.

Der Aufstockung der Stellen Zuarbeit beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport wird versehen mit einem Sperrvermerk einstimmig zugestimmt.

Der Antrag der Grünen zur Aufstockung der Stelle Museumspädagogik wird mit vier Ja-Stimmen, einer Enthaltung und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Den Stellenzu- und abgängen im Bereich Kindergarten wird einstimmig zugestimmt.

Der vorübergehenden Verstärkung mit einem Architekten beim Hochbauamt wird mit 8 Nein-Stimmen und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Anschließend wird über den Geschäftsordnungsantrag, gesondert über den Stellenplan abzustimmen, abgestimmt. Er wird mit 5 Nein-Stimmen (StRe Dr. Compter, Goeth, Heinkele, Rieger, Zügel) und restlichen Ja-Stimmen angenommen.

Dann wird über den Stellenplan mit den soeben beschlossenen Änderungen abgestimmt. Bei 8 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Dr. Compter, Funk, Goeth, Heinkele, Rieger, Zügel) und restlichen Ja-Stimmen wird dem Stellenplan zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 201/2011 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2012, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von OB Fettback verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

OB Fettback bemerkt, es liege der umfangreichste Haushalt in der Geschichte der Stadt Biberach vor. Hinter ihm stünden zahlreiche Maßnahmen. Er spricht dem Gemeinderat ausdrücklich Dank für die sehr konstruktiven, sachlichen und unheimlich disziplinierten Haushaltsplanberatungen aus. Im Haushaltsplan steckten Zahlen, Maßnahmen und Gedanken, von denen er nur drei herausgreifen wolle. Im Vergleich zur Einbringung hätten sich die finanziellen Rahmenbedingungen erneut deutlich verbessert. Allein aufgrund des Haushaltserlasses verzeichne man ein Plus von 1,68 Mio. Euro. 853.000 Euro davon entfielen auf höhere Ausgleichszahlungen für Kindergärten. Dies sei eine Folge des Beschlusses der neuen Landesregierung, die das Konnexitätsprinzip anerkannt und weitere Beschlüsse angekündigt habe, die sich finanziell positiv auf die Gemeinden auswirken würden. Diese Mittel seien aber noch nicht in den Haushaltsplan eingepflegt.

Eine weitere Verbesserung erziele man aufgrund der Festsetzung der Kreisumlage, was er für keine gute Entscheidung halte. Es gehe um das Prinzip. Der Kreis stehe vor großen finanziellen Herausforderungen, was die Entwicklung der OEW und der Kliniken angehe. Wenn man sehe, dass ein Haushaltsausgleich nur durch prognostizierte verbesserte Einnahmen des Landkreises gelinge, die allgemeine Rücklage in drei Jahren auf Null abgeschmolzen sein werde und dies wissend, dass noch viele Aufgaben zu erledigen seien, sei dies keine gute Entscheidung. Diese Entwicklung werde Biberach auch über die Kreisumlage treffen. Die aktuelle Verbesserung von 300.000 Euro könne daher keine wirkliche Freude auslösen. Biberach habe in der Vergangenheit bewiesen, dass man dazu in der Lage sei, die Ausgaben zu reduzieren, sofern dies erforderlich sei. Er bezeichnet Biberach als zukunftsfähig und auf der Überholspur.

Als eine Position des Haushalts hebt er die zusätzlich genehmigten Fördermittel für den Familienbericht und die Kooperationsprojekte hervor. Mit diesen Mitteln könne man unheimlich tolle Dinge in Biberach bewegen.

Es wird applaudiert.

Auch EBM Wersch betont das beachtliche Haushaltsvolumen mit 162 Mio. Euro. Gegenüber der Einbringung des Haushaltsplans habe sich im Vermögenshaushalt fast nichts geändert. Im Verwaltungshaushalt seien Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die höhere Zuführungsrate wolle man zur Verbesserung der eigenen Situation und für eine Verbesserung der Eigenkapitalsituation der Stadtwerke verwenden. Durch den Haushaltserlass habe man Mehreinnahmen bzw. Wenigerausgaben von ca. 1,7 Mio. Euro. Er legt dar, der Kindergartenlastenausgleich beziehe sich auf die Förderung von Kindern zwischen Null und drei Jahren, was auch für weitere Fragen in der Kindergartenentwicklung von Belang sein werde.

Er geht auf weitere Positionen wie die Anpassung der Zuschüsse an die Träger für Kleinkindbetreuung, die höhere Deckungsreserve und die vorgezogene Eigenkapitalerhöhung der Stadtwerke ein, wodurch man in der Summe ein verbessertes Ergebnis insgesamt zwischen Mutter und Tochter betrachtet erhalte. Es solle auch Thema der nächsten Jahre sein, eher eine Eigenkapitalerhöhung vorzunehmen unter Berücksichtigung der Parameter.

Zur Finanzplanung bemerkt er, man gehe von höheren Zuführungsraten aus, es werde aber weiterhin notwendig sein, die liquiden Mittel sinnvoll einzusetzen, denn nach dem Planverlauf sei ein Abschmelzen der Rücklagen vorgesehen. Eine Stadt wie Biberach, die auf hohem Niveau agiere, müsse größere Risikoausschläge einplanen. So enthalte die Baukostenentwicklung verschiedene Unwägbarkeiten, man müsse die Kreisumlage im Auge haben und die Entwicklung der Stadtwerke. Es sei zu befürchten, dass trotz der bis 2015 eingepreisten drei Prozent Steigerung der Kreisumlage ein höherer Kreisumlagesatz notwendig werde allein für Zwischenlösungen insbesondere im Klinikbereich. Die Entwicklung der OEW stelle ein Risiko dar und auch die eigene Energieentwicklung berge Risiken. Die Risiken seien bekannt und es sei klar, dass gegebenenfalls reagiert werden müsse, er hoffe aber nicht, dass ein operatives Reagieren erforderlich werde. 2011 werde sehr gut enden, man wisse aber nicht, wie es weitergehe. In der Summe sehe er Anlass zur Hoffnung und Zuversicht.

Anschließend äußert sich StR Abele für die CDU-Fraktion zum Haushaltsplan wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Dezernenten, sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter, sehr geehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Anwesende. 'Der Haushaltsentwurf 2012 ist dadurch gekennzeichnet, dass durch die Klausurtagung im Juni dieses Jahres die Eckpfeiler der Investitionstätigkeit in den kommenden Jahren bereits gesetzt worden sind.' und 'Wir wünschen den nun anstehenden Beratungen einen konstruktiven und zügigen Verlauf.'

Dies waren jeweils der erste sowie der letzte Satz meiner Rede zur 1. Lesung des Haushaltes 2012. Heute, dreieinhalb Wochen später, haben sich diese Aussagen bestätigt. Wir hatten konstruktive Beratungen, auf der sachlichen Ebene. Natürlich herrschte nicht immer Einstimmigkeit vor, nicht zuletzt hat sich dies bei dem gerade verabschiedeten Stellenplan gezeigt. Wichtig ist jedoch die Form, wie ein Beschluss zustande kommt. Und hier kann ich der Verwaltung sowie den Fraktionen attestieren, dass die Beratungen allzeits auf einer sachlichen Ebene liefen. Vielen Dank hierfür.

Ich führte in meiner Rede zur ersten Lesung weiter aus: 'Daher gibt es von uns auch keine kostenwirksamen Anträge, und falls doch, haben wir diese mit Kompensationsvorschläge versehen, ganz im Sinne einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik. Unsere Anträge zielen in die qualitative Weiterentwicklung unserer Stadt.'

Wir freuen uns, dass unsere Anträge Zustimmung gefunden haben, nämlich: nach einer Partnerschaft mit einer türkischen Stadt, um die Integrationsbemühungen auf eine neue Ebene zu bringen; der zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Gewerbeflächen in Form eines interkommunalen Gewerbegebietes; der Stärkung der öffentlichen Sicherheit durch entsprechende Ausrichtung der neue Stelle im Ordnungsamt in Richtung Präsenz am Abend; nach mehr Verbindlichkeit im Stadtmarketingprozess u.a. mit der Einführung einer Stadttapp im 1. Halbjahr 2012 und der verbesserten Anpassung von Kinderbetreuungseinrichtungen an die Bedürfnisse der Familien. Dies ist allerdings nur ein Teil der insgesamt 39 Anträge und Anfragen, die wir als CDU-Fraktion, meine sehr geehrten Damen und Herren, in die Beratungen eingebracht haben.

Auch freuen wir uns, dass unter anderem folgende Initiativen positiv verabschiedet wurden: Die Toilette im Stadtfriedhof wird saniert und es wird eine behindertengerechte Toilette neu eingebaut. Die endgültige Festsetzung der Fertigstellung des Neubaus des Kindergartens in Rißegg auf 2014. Dies wurde bereits in der Klausur so verabschiedet, war allerdings dann in der mittelfristigen Finanzplanung der Verwaltung nicht mehr so vorgesehen. Die Verwaltung hat zudem zugesichert, dass das Projekt auch ohne Planungsmittel in 2012 fristgerecht vorangetrieben werden kann. Daher haben wir auf die Einstellung dieser Mittel verzichtet. Die Gespräche zum Anliegen des Sportvereins zum Neubau eines Sportzentrums werden von der Verwaltung im ersten Quartal zum Abschluss gebracht. Somit kann zeitnah über die Höhe des finanziellen Engagements der Stadt entschieden werden.

So kurz wie die Sitzungen waren, meine sehr geehrten Damen und Herrn, so kurz wird dieses Jahr auch die Rede der CDU-Fraktion sein, wobei ich nicht garantieren kann, dass dies auch im kommenden Jahr so der Fall sein wird. Sie dürfen also gespannt sein. Ich möchte aber nicht schließen, um nochmals einen kurzen Ausblick in das kommende Jahr werfen zu wollen. Ich hatte bei meiner Rede zur ersten Lesung des Haushaltes unter anderem ausgeführt: 'Das Problem sind nicht die Investitionen. Der Verwaltungshaushalt ist das, was uns Sorge bereiten muss.' Trotz einer verbesserten Zuführungsrate möchten wir nochmals auf diesen Umstand hinweisen. Die von uns zum Stellenplan geforderte Strukturkommission ist ein Schritt in diese Richtung. Gleichwohl haben wir uns auch mit den übernommenen Freiwilligkeitsleistungen der Stadt auseinander zu setzen. Das soll jetzt nicht bedeuten, dass die Stadt Freiwilligkeitsleistungen jetzt hier und heute zurück zu fahren hat, aber wir sollten uns in guten Zeiten ohne Zeitdruck damit beschäftigen, an welchen Schrauben im Falle einer sich verschlechternden Situation im Verwaltungshaushalt gedreht werden kann.

Um die gedeihliche Entwicklung unserer Stadt zu sichern, müssen wir unseren Unternehmen die adäquaten Rahmenbedingungen für Ihre Weiterentwicklung schaffen. Gewerbeflächen bereitzustellen ist die eine Sache, die Entwicklung positiv durch Verwaltung und Gremium zu begleiten, ist die andere Sache. Es ist daher ein vollkommen falsches Signal, wenn sich örtliche Vertreter der Regierungspartei in Stuttgart gegen die Standortentwicklung eines wichtigen Unternehmens und Gewerbesteuerzahler dieser Stadt aussprechen, wie dies im Bauausschuss der Fall war. Ginge es nach den Grünen, dann soll der Bebauungsplan Flugplatz nicht kommen. Liebherr müsste sich somit nach Entwicklungsflächen außerhalb von Biberach umschauen, wobei sich die Grünen auch gegen das Interkommunale Gewerbegebiet im Rißtal ausgesprochen haben. Das kommt nicht gut, liebe Freunde von den Grünen. Zu dieser Entwicklung gehört auch die Bereitstellung der notwendigen Verkehrsinfrastruktur und damit die Anbindung des Gewerbegebiets an das überörtliche Verkehrsnetz über die Umfahrung Biberach mit Anbindung an die B30 bei Mettenberg.

Mit dem positiven Volksentscheid zu Stuttgart 21 und der Schnellstrecke Ulm – Wendlingen wird nun endgültig das für Biberach so wichtige Infrastrukturprojekt Realität: wir dürfen dabei nicht vergessen, dass hier nun auch der gleichzeitig planfestgestellte 6-streifige Ausbau der A8 nun in Angriff genommen wird. Die ersten Ausschreibungen hierfür sind bereits draußen. Biberach rückt näher an die Landeshauptstadt. Nach der Elektrifizierung der Südbahn sind wir in rund 20 Minuten am europäischen Eisenbahn Fernverkehrsnetz und in einer Stunde am Flughafen oder der Stuttgarter Innenstadt. Wir müssen diese Chance begreifen und nutzen, damit Biberach doppelt von dieser positiven Entwicklung profitiert. Hier sind wir alle gefordert, gemeinsam zu überlegen, was wir tun können. nein müssen. Die CDU regt an, im kommenden Jahr einen Experten einzuladen, der uns in dieses spannende Thema der – ich nenne das – extrovertierten Stadtentwicklung

einführt. Um es gleich vorweg zu nehmen: natürlich sind dabei die unterschiedlichen Interessen von Ökonomie, Ökologie und sozialer Ausgewogenheit zu beachten. Oder – vielleicht kann eine Exkursion von Gemeinderat und Verwaltung in Kommunen, welche zum Beispiel an der Hochgeschwindigkeitsstrecke Frankfurt – Köln liegen, diesen Initialfunken entfachen.

Nun – zum Schluss - möchte ich mich nochmals im Namen der CDU-Fraktion bei allen Beteiligten bedanken. Dieser Haushalt ist aber nicht nur das Werk von Verwaltung und Gemeinderat alleine, er trägt die Handschrift der vielen ehrenamtlich Tätigen im bürgerschaftlichen Engagement, die jeden Tag mit ihrem Wirken und ihren Ideen ihren wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens leisten, egal ob man nun ihre Ansätze nun teilt oder nicht. Sie liefern den Input für eine lebendige Stadt, die sich wiederum im nüchternen Zahlenwerk des Haushalts wiederfinden darf. Nicht zu vergessen unser Dank an unsere Unternehmen mit Ihren Beschäftigten, die mit Ihrer Steuerkraft unsere Gestaltungsfähigkeit sichern. Im Namen der CDU-Fraktion wünsche ich Ihnen nun am Ende meiner Ausführungen ein friedvolles Weihnachtsfest, Gottes Segen und alles Gute für 2012. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit." Es wird applaudiert.

Für die SPD-Fraktion bezieht StRin Kübler wie folgt Stellung: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Fettback, sehr geehrte Damen und Herren, zügige, stressfreie Beratungen, ein zufriedenes Ergebnis und noch ausreichend Zeit, sich der besinnlichen Vorweihnachtszeit zu widmen – Wunsch und Ziel eines jeden Gemeinderats, hier spreche ich vor allem für unsere Fraktion. Die Voraussetzungen waren gut, denn mit den vorgezogenen Haushaltsplanberatungen im Sommer des Jahres waren die großen bedeutenden Projekte bereits abgearbeitet. Wir waren nahe dran, diesen Traum dieses Mal Wirklichkeit werden zu lassen, wenn es da nicht auch noch einen Stellenplan geben würde. Ohne Zweifel, der Stellenplan ist ein erheblicher Kostenblock und war daher in diesem Gremium immer schon eine schwierige Materie. Die unterschiedlichen Ansätze der einzelnen Fraktionen haben Sie sicherlich aus den vorrangegangenen Wortmeldungen herausgehört.

Nun zum Ergebnis der Vorberatungen zum Haushaltsplan 2012: Folgendes Fazit zieht die SPD-Fraktion daraus. Der von allen anderen Fraktionen mit Sorge betrachtete Verwaltungshaushalt in puncto Deckung wird nicht ganz so strapaziert, wie anfangs angenommen. Auch ein Stückweit dank der neuen Landesregierung, die mit ihrem Pakt mit den Kommunen für Familien und Kinder den städtischen Haushalt erheblich entlastet. Denn dieser beinhaltet immerhin höhere Zuschüsse für die Sprachförderung, den Wiedereinstieg in die immer notwendiger werdende Schulsozialarbeit und 1,074 Mio. Euro höhere Zuschüsse allein nur für die Kleinkindbetreuung in der Stadt Biberach. Mit diesem finanziellen Kraftakt der grün-roten Landesregierung werden für junge Familien und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Fakten geschaffen und nicht nur Lippenbekenntnisse abgegeben. Ganz abgesehen von der Einhaltung des Konnexitätsprinzips – was in diesem Bereich schon ein Novum ist. Im Bildungswesen bewegt sich für ungeduldige Geister wie wir es sind nur ganz zaghaft etwas in unserem Landkreis. Für manch einen ist das Wort Gemeinschaftsschule ein rotes Tuch, andere wiederum, wie zum Beispiel die Gemeinde Schemmerhofen haben die Chance für sich erkannt. Die abwartende, auf Dialog setzende Vorgehensweise der neuen Bildungsministerin Frau Warminski-Leitheußer scheint in unseren Augen sehr zielführend zu sein. Für unsere Stadt allerdings würden wir uns gerne etwas mehr Aufgeschlossenheit bzw. eine positivere Einstellung zu diesem Thema wünschen, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss es sich mal auf der Zunge zergehen lassen, die Stadt Biberach investiert in das neue Räumliche Bildungszentrum an die 45 Mio. Euro. Die räumlichen Bedingungen für ein individuelles und gemeinsames Lernen sind praktisch ab 2013 geschaffen. Wir sind davon überzeugt, dass die Gemeinschaftsschule auch für die Stadt ein zukunftsrelevantes Thema ist, welches wir

gerne begleiten. Die erweiterte Gaisental-Grundschule mit dem neuen Ganztagesbereich konnten wir zwischenzeitlich besichtigen und sind von dem Ergebnis sehr angetan. Dem Baudezernat und der Architektin Frau Reck ein ganz großes Lob für dieses wirklich sehenswerte Ergebnis. Leider sind die Räumlichkeiten für den Hort noch verwaist. Das Amt für Bildung, Betreuung und Sport ist nun gefordert, den Betrieb zügig zu organisieren und umzusetzen, denn es warten wohl bereits einige Familien darauf. Auf jeden Fall werden wir dies nicht aus den Augen verlieren. Die Stafflanger haben wohl mit unserem Antrag, was die Grundschule betrifft, etwas in den falschen Hals bekommen. Noch nie hat die SPD-Fraktion von einer Schulschließung gesprochen. Das Gegenteil war mit unserem Antrag beabsichtigt. Wir wollten für das Gebäude eine nachhaltige Nutzung geprüft haben, damit das Schulgebäude noch lange Jahre den Stafflanger Kindern zur Verfügung steht. Nun, es stellt sich für uns schon die Frage, ist die SPD-Fraktion für diese Stadt und ihre Bewohner zu vorausschauend/weitsichtig/zu ungeduldig, zu visionär? Aber wir gehen deshalb sicher nicht zum Arzt. Wir wissen, Geduld ist eine Tugend, die sich auszahlt - Jahre später werden unsere Gedanken/Ideen/Anträge letztendlich dann doch aufgegriffen.

Das beste Beispiel ist das Toilettenthema am Stadtfriedhof. Nach mindestens sechs Sanierungsanträgen unsererseits zum Haushaltsplan wird es wahr. Schließlich erfahren wir in dieser Sache Unterstützung seitens der CDU. Dach und Toiletten werden 2012 saniert. Auch für die unbefriedigende Toilettensituation am evangelischen und katholischen Friedhof sind von der Verwaltung Lösungen zugesagt, die uns im Laufe des Jahres 2012 vorgestellt werden. Bezahlbarer Wohnraum, ein Dauerthema der SPD, findet endlich Gehör. Ein Projekt soll im Neubaugebiet Talfeld verwirklicht werden. Es ist zwar noch etwas verfrüht, sich darüber zu freuen, denn das Haus steht noch nicht, aber allein schon die Zusage löst bei uns Glücksgefühle aus. Auch dieses Thema wird uns weiterhin beschäftigen. An der Umkleidesituation am Erlenweg tut sich zwar langsam, aber sicher etwas für die Biberacher Fußballer. Trotz Statik- und Baugrundproblemen ist das Hochbauamt bereit, weiterhin die Sanierung an diesem Standort voranzutreiben. Der Anbau von zwei Vereinsräumen ist auch in der Planung enthalten. Wir hoffen und wünschen es den Fußballern, dass baldmöglichst einvernehmliche Lösungen gefunden werden, die letztendlich auch für den Verein finanziell machbar sind.

Etwas bedauernd empfinden wir es, dass es Stimmen im Gemeinderat gibt, die zum Teil Beschlüsse aus der Klausurtagung hinterfragen und zum Politikum machen. Aktuell geht es um den zweiten Kunstrasenplatz. Kostensteigerungen nach einer Kostenschätzung sind zwar alles andere als erfreulich, aber absolut nichts Außergewöhnliches. Es kommt halt immer darauf an, ob und wie man hinter einem Projekt steht. Für die SPD-Fraktion steht der Bedarf außer Frage und wir werden uns weiterhin dafür stark machen. Die Notwendigkeit und die Nachhaltigkeit eines starken Energiemanagements in einer Stadt mit einem derart hohen Gebäudebestand ist für uns ein absolutes Novum, denn die energetische Sanierung der städtischen Gebäude bleibt ein wichtiges Zukunftsfeld. Energieeffizienz und alternative Energiekonzepte sind Themen, die an Aktualität nicht zu übertreffen sind, siehe Klimagipfel. Wir denken, dass das Ergebnis der Energieagentur ermutigt, hier weiterzumachen.

Eine Bemerkung zur Kinderbetreuung kann ich mir auch heute nicht verkneifen. Diesem Thema hatten wir in den Haushaltsreden der letzten Jahre stets einen großen Raum eingeräumt. Wir begleiten die Entwicklung weiterhin sehr kritisch. Viel Positives ist in diesem Bereich entstanden. Die Krippenplatznachfrage ist enorm. Im Neubaugebiet Talfeld soll eine bis zu 6 Gruppen große Kinderkrippe gebaut werden, dazu noch zu unserer großen Freude aus heimischem Holz. Das Ganztagesbetreuungsangebot wurde ausgebaut, auch sind Plätze geschaffen worden für Kinder unter 3 Jahren. Das alles muss finanziert werden und so war es nur eine logische Schlussfolgerung, dass zum Teil die Gebühren, vor allem eben im Ganztages- und Kleinkindbereich, drastisch

angehoben wurden, worüber wir absolut nicht glücklich sind. In Biberach hat Bildung und Betreuung eine hohe Priorität. Und mit Blick auf die demografische Entwicklung gehört dieser Bereich schon längst nicht mehr zu den weichen Standortfaktoren. Aufgrund dieser Tatsachen halten wir es nicht für sinnvoll und zielführend, im Betreuungsbereich einen 20-prozentigen Kostendeckungsgrad anzustreben. All diese Gründe sprechen dafür, eine einkommensabhängige Gebührengestaltung einzuführen, allerdings mit einer ausgewogenen sozialen Komponente. Dem Vorschlag der Verwaltung, einen externen Berater hierfür hinzuzuziehen, folgen wir gerne und hoffen auf akzeptable Lösungsvorschläge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist der Presse zu entnehmen, welche hervorragende innovative Unternehmen in Biberach angesiedelt sind. Nur durch ihre verantwortungsvolle und erfolgreiche Unternehmenspolitik, die zum einen Arbeitsplätze schafft und der Stadt Gewerbesteuererinnahmen sichert, ist es möglich, dass das im Sommer geschnürte große Investitionspaket auf den Weg zu bringen. Dafür möchte sich die SPD-Fraktion ganz besonders bedanken. Und den Zweiflern in diesem Gremium sei gesagt, sollte die negative Konjunkturprognose des ifo-Instituts auch Biberach treffen, so ist jederzeit ein Stoppen dieser Maßnahmen möglich.

Das Jahr wollen wir nicht zu Ende gehen lassen ohne auch danke zu sagen, Ihnen Herr Oberbürgermeister, den Herren Bürgermeister Wersch und Kuhlmann sowie allen Dezernenten, Amtsleiterinnen und Amtsleitern, die immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen haben. Aber auch allen Ehrenamtlichen in dieser Stadt. Ihr Engagement ist nicht mit Geld aufzuwiegen. Bleiben Sie uns weiterhin treu. Ein ganz herzliches Dankeschön gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie tragen mit Ihrem Einsatz und Ihrem Engagement ein großes Stück dazu bei, dass die Biberacher Stadtverwaltung als ein bürgernaher und bürgerfreundlicher Dienstleistungsbetrieb funktioniert. Wir wünschen Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes erfolgreiches Jahr 2012. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit." (Applaus)

StR Zügel äußert sich für die Freien Wähler wie folgt: " Die Verabschiedung eines Haushalts dient nicht nur Festlegung des Budgets des zu beschließenden Haushaltsjahres, sondern auch der Billigung der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre. Darüber hinaus ist es auch die Gelegenheit für den Gemeinderat, den inneren Kompass einer Stadtverwaltung auf die richtige Richtung zu überprüfen. Der zu beschließende Haushalt für das Jahr 2012 ohne Einbindung in die mittelfristige Finanzplanung wäre einfach und unkompliziert. Problematisch wird es angesichts der Fünfjahresplanung. Mit den Beschlüssen für 2012 wird der Beginn der Umsetzung verschiedener Maßnahmen eingeleitet, die in der Klausurtagung beschlossen wurden. Auch unter der optimistischen Annahme, dass die Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2011 5 bis 6 Mio. höher als erwartet sein werden und damit die Rücklagenentnahme geringer als geplant, sind die grundsätzlichen Rahmendaten unverändert. Aller Voraussicht nach werden in 3 Jahren, also 2015, die saldierten Schulden der Eigenbetriebe und Rücklagen unter Einbeziehung der Mindestrücklage sich ausgleichen. Der große Schluck aus der Pulle wird genommen sein. Der Ergebnis-Haushalt, als Nachfolger des Verwaltungshaushalts mit strengeren Kriterien versehen, wird ab 2014 rote Zahlen ausweisen. Die Stadt Biberach gibt dann mehr aus, als dass sie einnehmen wird. Mit der entscheidenden Folge, dass die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten der Politik eingeschränkt sein werden. Viele Projekte werden bis dahin begonnen sein, so dass ein Investitionsstopp unmöglich sein wird. Es bleiben die Folgekosten und die Unfähigkeit zu reagieren. Damit ist die Achillesferse dieser Haushalts-Architektur beschrieben. Es wird zu schnell investiert, die Reaktionsmöglichkeiten sind bei fast Null. Und einen Plan B für schlechte Zeiten hat die Verwaltung nicht in der Schublade. Und wenn sie diesen hätte, würde er im Gemeinderat vermutlich keine Mehrheit finden. Mit der Verabschiedung der mittelfristigen Finanzplanung fährt der Gemeinderat im schnellen Investitionstempo bei relativ hohem Risiko. Verschiedene Belastungen sind außerdem noch

nicht ausreichend abgebildet. Das Ausbleiben der ursprünglich einkalkulierten Fördergelder seitens des Landes für das RBZ ist nur ein Beispiel für die Unwägbarkeiten dieser Finanzplanung. Die Freie Wähler-Fraktion hält dieses Investitionstempo für zu riskant. Die Folgekosten werden zu hoch sein, kaum noch zu korrigieren und teilweise nicht zu stoppen sein. Deshalb lehnen wir den Haushalt 2012 in seiner Gesamtheit ab. Ein langsames, weil nachhaltigeres Investitionstempo, welches niedrige Folgekosten auslösen würde ist das Ziel der Freien Wähler. Neben den reinen Baumaßnahmen, die erhebliche Verwaltungskraft binden, gibt es Aufgaben, die es für das langfristige Wohlergehen der Stadt zu lösen gilt:

Wie erreicht man ein Wachstum der Bevölkerung bei bezahlbarem Wohnraum und gleichzeitig heterogener Altersmischung in den Wohngebieten? Dass Biberach die Gewerbeflächen ausgeben ist eine alte Erkenntnis. Neben neuen Gewerbeflächen, vielleicht mit interkommunaler Kooperation verwirklicht, bedarf es zusätzlichem seniorengerechtem Wohnraum und neuer Baugebiete. Die Menschen, die möglichen Neubürger von morgen, von der Notwendigkeit des sparsamen Flächenverbrauchs beim eigenen Heim zu überzeugen, wird nicht einfach werden. Bisher ist das freistehende Einfamilienhaus immer noch der Renner. Mit der Vorlage "Quartiere Denken" geht das Baudezernat prinzipiell in die richtige Richtung. Das Thema Stadtsanierung Ost dümpelt mangels Zuschüssen vor sich hin. Die Gestaltung der Innenstadt, mancher Plätze und Ecken bedürfen mancher neuer Ideen. Wenn man auswärtigen Besuchern die Biberacher Einrichtungen zeigt, fällt fast immer die Bemerkung: „ hier ist alles vom Feinsten“. Kann dieser Standard gehalten werden? Oder muss dieser hinterfragt werden? Ist die Zahl der vorhandenen Parkplätze langfristig auch nach Wiedereröffnung der Tiefgarage Museum ausreichend? Die Tiefgaragen sind in den Hauptzeiten häufig ausgebucht. Kinderbetreuung, Schulentwicklung, Inklusion sind Aufgaben, die ich in der ersten Haushalts-Rede erwähnt habe.

Es sind Fragen qualitativer Art, die in der Umsetzung Geld kosten werden. Die Struktur dieses Haushalts gibt auf diese und andere Fragen keine Antwort, sondern wird auf zu schnelles Wachstum beim Bauen mit allen Folgewirkungen begrenzt. Für andere Projekte bleibt kein Geld und keine „ manpower“ mehr. Dies bedauern wir. Bei aller unterschiedlicher Betrachtung und mancher Kontroverse waren die Beratungen zum Haushalt in einem Punkt erfolgreich. Die konstruktive Nachbereitung aller Beteiligten des Debakels aus dem letzten Jahr mündete in eine hoffentlich erfolgreiche Dezernatsoptimierung und eines von menschlichem Respekt geprägten Diskussionsstils. Dafür bedanken wir uns an dieser Stelle."

StR Weber nimmt für die Grünen wie folgt zum Haushaltsplan Stellung: "Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Rätinnen, liebe Räte. Erst kürzlich hatte ich die Möglichkeit beim Grünen-Bundesparteitag in Kiel mit dabei zu sein. Neben höchst brisanten bundespolitischen Themen wurde am Rande auch viel über Kommunalpolitik diskutiert. Es ist erschreckend, wie viele Städte und Gemeinden total verschuldet sind. Dies geht bis zur Handlungsunfähigkeit. Die können nur noch höchstens reagieren, wir dagegen richtig agieren, gestalten und haben so, ja so richtig, Luft. Dies wird auch anhand unserer angedachten Kreisumlage mit einem Hebesatz von 6,3 Prozent deutlich und nicht wie in der Änderungsliste angegeben mit 60,1 Prozent. Dieser Hebesatz wurde aufgrund von Anträgen schließlich sogar auf 59,5 Prozent gesenkt. Was uns wiederum ein Plus von 324.000 Euro im Verwaltungshaushalt beschert. Bleibt zu hoffen, dass der Landkreis mit diesen Kürzungen zurecht kommt und keinen Nachtragshaushalt beantragen muss.

Und nun gleich zu meinem Lieblingsthema, das ist der Aufstieg. Wegen Verpflichtungsermächtigungen wurden 62.000 Euro weniger gebraucht als dies der Planungsentwurf vorsah. Das ist doch schon mal Geld gespart. Vielleicht und hoffentlich hilft uns das Ergebnis der Umweltverträglich-

keitsstudie noch viel mehr Geld zu sparen. Und zwar wenn wir der Umwelt und den Menschen zuliebe mit den Straßen weiterhin unten bleiben. Fürs Heilix-Blechle sind in den letzten Jahren schon Unsummen in die leidige Sanierung der Tiefgaragen investiert worden. Um die Tiefgaragen weiterhin sanieren zu können, werden den Stadtwerken im laufenden Vermögenshaushalt 4,4 Mio. Euro für Rücklagen zugeführt, dies ist das Doppelte als im Planungsentwurf vorgesehen. Da wäre die von uns vorgeschlagene Erhöhung der Parkgebühren in den Parkhäusern mehr als gerechtfertigt. Auch müsste die erste Stunde Freiparken nicht sein.

Die Standortsuche fürs Jugendhaus sollte jetzt beginnen. Dabei ist positiv hervorzuheben, dass die Jugendlichen von Anfang an in der Planung mit einbezogen werden. Denn wir wollen nicht für die Jugend planen, sondern mit der Jugend.

Der Bau der neuen Realschule macht deutlich sichtbare Fortschritte. Dieser Schulneubau ist ein wichtiger Schritt in die zukünftige Schullandschaft unserer Stadt. Wir müssen uns im Klaren sein, dass dies noch nicht das Ende der Entwicklung im Schulbereich sein wird. Wir als Träger müssen offen sein für Entwicklungen im Bildungssystem, die allen Kindern, aber auch wirklich allen Kindern, die gleichen Chancen gibt. Bei unserer demografischen Entwicklung können wir es uns nicht leisten, Kinder nicht oder ungenügend zu fördern oder zu betreuen.

Wir freuen uns, dass unsere Stadt den Innovationspreis bekommen hat für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Weiter so, das ist vorbildlich. Die Klimakonferenz in Bern ging völlig unbefriedigend zu Ende. Wieder wird Wirtschaftlichkeit über alles gestellt. Wir graben uns unsere Lebensgrundlagen selber ab. In Baden-Württemberg werden täglich 6,6 Hektar landwirtschaftliche Fläche versiegelt für Straßenbau und Siedlung, jeden Tag. Hier wächst keine Nahrung mehr, kein Sauerstoff wird erzeugt und kein Wasser kann versickern. Auch in Biberach wird gebaut. Wir haben nur diese eine Erde und auch im Kleinen, auch hier müssen wir so handeln, dass sie uns erhalten bleibt.

Da steht noch der denkmalgeschützte stadtbildprägende Rote Bau auf dem Hospitalgelände. "Eine Backsteinarchitektur und der Gliederung der Baumasse durch Vertikal-/Horizontalelemente, Rundbogenfenster, Firstgiebel und Fried haben erhebliche architektonische Qualität. Ein Zeugnis für die sechziger Jahre des vorletzten Jahrhunderts, ein Juwel für unsere Stadt." Das war einst ein Zitat von damals von Gunter Dahinten anlässlich der Erhebung des Roten Baus zum Denkmal. Und wie gehen wir mit diesem Juwel um? Lassen wir es nicht weiter vergammeln, machen wir es wieder zu einem Schmuckstück, integrieren wir dieses Haus wieder in die Reihe unserer vorbildlich restaurierten historischen Gebäude.

In Mettenberg entsteht zur Zeit ein herrlicher Sportplatz für unsere begeisternden und motivierten Fußballer. Den von uns gewünschten Lärmschutzwall entlang der B 30 haben wir vom Ortschaftsrat und Sportverein bereits in einer gemeinsamen Aktion bepflanzt. Dem Planungsamt und insbesondere Herrn Kley ein Dankeschön für die schnelle und unkomplizierte Grünplanung. Als nächstes sind wir in Mettenberg nun sehr gespannt, was nun aus der Sanierung unserer Turn- und Festhalle wird. Keiner weiß nichts Genaues nicht.

Betreffs Haushalt hatten wir eine sachliche und konstruktive Diskussion in den Ausschüssen und im Großen und Ganzen halten wir den Haushalt 2012 für ausgeglichen und nachhaltig. Auch wenn unser Gedankengut nicht immer ganz oben ansteht, stimmen wir diesem Haushalt zu. Danke."

Es wird applaudiert.

Abschließend bezieht StR Funk für die FDP-Fraktion mit folgenden Worten Stellung: "Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf ist im Gegensatz zum Vorjahr so aufgestellt, dass wir mit guten bis sehr guten Steuereinnahmen rechnen können und damit eine geplante Zuführung an den Vermögenshaushalt erreichen, die in der Geschichte Biberachs im Plan bisher nur zweimal höher angesetzt wurde. Die FDP-Fraktion erwartet zum Ende des Rechnungsjahres 2012 trotzdem wieder eine zusätzliche Verbesserung im Ergebnis gegenüber den Planzahlen. Eine Zuführung in der Höhe von 16 Mio. sollten wir erreichen können. Dies ist in etwa die Größenordnung, die wir bräuchten, um uns das leisten zu können, was wir seit Jahren tun. Da wir aber früher über unsere Verhältnisse gelebt haben, müssen die dringend notwendigen Sanierungen aus den Rücklagen bezahlt werden. Die FDP-Fraktion fühlt sich weiterhin darin bestätigt, dass ihre Grundpositionen richtig sind. Zuerst wird saniert, dann werden die Rücklagen in der Höhe aufgebaut, die noch vor wenigen Jahren von allen Fraktionen als angebracht angesehen wurden. Erst danach können wir uns mit zusätzlichen Wünschen beschäftigen.

Die Beratungen waren wenig intensiv und lassen sich kurz in einigen Punkten zusammenfassen: Der Stellenplan wurde bisher fast zu hundert Prozent bestätigt. Der neue Kindergartenlastenausgleich hilft uns mit zusätzlichen 853.000 Euro. Mit einer Erhöhung haben wir gerechnet. Steuern, Investitionszuschuss und Familienlastenausgleich erhöhten sich während der Beratungen um 325.000 Euro. Die Kreisumlage wurde wegen der Bürgermeister im Kreis um 325.000 Euro gesenkt. Wegen dieser Maßnahme haben unsere FDP-Kreisräte den Kreishaushalt abgelehnt, da diese Reduzierung sehr kurzsichtig ist. Eine Sternstunde der Beratungen war der Beschluss, für zusätzliche 57.000 Euro die Toilettenanlage beim Friedhof zu sanieren und zwar behindertengerecht und inklusive Dachsanierung. Dies alles mit Zustimmung der Verwaltung. Jahrelang fanden hierzu Anträge aller Fraktionen keine Mehrheiten während der Haushaltsberatungen. Alles zusammen führten die Beratungen im Verwaltungshaushalt kaum zu Mehrausgaben, aber zu Mehreinnahmen von 1,726 Mio. Euro und damit zu einer höheren Zuführung in gleicher Größenordnung. Zu einer Erhöhung der Rücklagen um diesen Betrag kam es nicht, weil im Vermögenshaushalt die Transferzahlung an die Stadtwerke jetzt 4,5 Mio. Euro anstatt wie bisher geplant 2,8 Mio. Euro betragen. Mit diesem Ansatz wird eine alte Forderung der FDP-Fraktion erfüllt, dass nämlich die Ansätze bei den Stadtwerken und der Stadt Biberach deckungsgleich sind. Vielen Dank dafür.

Während wir im letzten Jahr dem Haushalt noch sehr verhalten zustimmten, gibt es in diesem Jahr ein klares Nein zum Haushalt 2012. Keiner der FDP-Stadträte ist bereit, mit Enthaltung zu stimmen. Wir gehen mit Steuergeldern sehr sorgsam um. Hierzu nur die wesentlichen Punkte, die zu unserer Entscheidung führten: Der Stellenplan ist für uns inakzeptabel wie bereits zur ersten Lesung ausführlich erläutert. Zusätzlich hat ausgerechnet der Oberbürgermeister selber dafür gesorgt, dass das für alle vier Dezernate geltende Instrument 'Jokerstelle' zweckentfremdet wird. So wird keine Vertrauensbasis gebildet. Das Jugendhaus neu und sofort zu bauen, und dies ohne sich auf einen Standort festzulegen, rechnen wir dem Haushalt 2012 zu. Das Amt Bildung, Betreuung und Sport vom Dezernat II wegzunehmen, halten wir für falsch. Man sieht schon jetzt, dass Herr Wersch beim Hospital teilweise dieselben Aufgaben erledigen muss. Wir hätten uns gewünscht, dass das Ordnungsamt eine Zeit lang etwas weniger dynamisch auftreten würde. Jetzt müssen die Biberacher befürchten, dass ab 2012 fast zweieinhalbmal soviel geblitzt wird wie derzeit. Über die zukünftig höhere Kreisumlage wurde nur geredet, aber keine Anpassungen beschlossen. Es erfolgten keine haushaltsspezifische Reaktionen auf die ausgefallenen Zuschüsse

beim Schulneubau. Unter dem Strich bleibt zu befürchten, dass auch für Biberach gilt: In den besten Zeiten macht man die größten Fehler.

Die FDP-Fraktion nimmt für sich in Anspruch, auf die Verwaltung wegen des Großprojektes Neubau Realschule mit räumlichem Bildungszentrum und der Sporthalle Rücksicht genommen zu haben. Neben den wenigen Anträgen und den dargelegten Wünschen haben wir die Zeit während der Haushaltsberatungen aber auch genutzt, um mit der Verwaltung Gespräche zu führen. Wir sind ziemlich zuversichtlich, dass wir im Ergebnis erfolgreich sein werden. Wir wünschen nun, dass Deutschland und insbesondere Biberach gut durch die derzeitigen Turbulenzen kommen werden und wir im Jahr 2012 die geplanten Einnahmen erzielen werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Es wird applaudiert.

OB Fettback meint, es sei sichtbar geworden, wie unterschiedlich Dinge bewertet werden könnten. Letztlich entscheide der Gemeinderat als Kollegialorgan mehrheitlich. Der Ausfall der Zuschüsse beim Räumlichen Bildungszentrum basiere schlicht auf einem Rechenfehler.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 8 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Dr. Compter, Funk, Goeth, Heinkele, Rieger, Zügel) folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2012 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.
2. Folgende **Haushaltssatzung** wird erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je		162.274.000 €
davon		
im Verwaltungshaushalt	126.526.000 €	
im Vermögenshaushalt	35.748.000 €	

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von		0 €
---	--	-----

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von		13.123.000 €
--	--	--------------

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.		5.000.000 €
--	--	-------------

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

1. für die Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 300 v.H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 300 v.H.
2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge. 330 v.H.
3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2012) in der Fassung der Änderung - **Anlage 4** zur Drucksache Nr. 201/2011 - festgestellt.
4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im einzelnen dargestellt, werden bestätigt.
5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2011 - 2015 - wie in **Anlage 2** zur Drucksache Nr. 201/2011 dargestellt – wird festgestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 163/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 28.11.2011.

StR Wiest führt aus, 2010 sei das erste komplette Rechnungsjahr, das vorgelegt werde. Außerordentliche Erträge hätten zu einem positiven Ergebnis geführt. Ansonsten könnten nicht einmal die laufenden Kosten ausgeglichen werden. Als besonders gravierend bezeichnet er die Personalkosten, die auch die einzige Stellschraube zur Verbesserung der Ertragslage darstellten. Vorstand und Geschäftsführung hätten noch einiges zu tun, denn Stiftung und Wieland-Gesellschaft täten sich nach wie vor schwer, Zustiftungen zu erhalten. Daher sei man dankbar für die Zustiftungen der Kress-Stiftung, die durch familiäre Bande eine besondere Verbindung zu Wieland habe. Man sei jedoch weit entfernt von einer autarken Bewirtschaftung, weshalb zentrale Aufgabe der Stiftung die Einwerbung von Zustiftungen sein müsse. Er dankt dem Vorstand, der Geschäftsführung und der Wieland-Gesellschaft für die geleistete Arbeit.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2010 für die Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach wird vom Gemeinderat festgestellt (§ 16 EigBG).**
- 2. Die Entlastung der Geschäftsführung wird beschlossen (§ 16 EigBG).**

TOP 4 Weiterentwicklung des Projekts "Sichere Stadt" - Fortführung des Präsenzdienstes durch den Dornahof und Einrichtung eines Kommunalen Ordnungsdienstes

**173/2011 +
173/2011 - 1**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nrn. 173/2011 und 173/2011-1 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 28.11.2011.

OB Fettback führt aus, mit dem Wechsel von zwei auf drei Säulen erziele man unter dem Dach "Sichere Stadt" einen quantitativen und qualitativen Sprung nach vorne, da die Tätigkeit bis ein Uhr ausgedehnt werde und die Ortsteile einbezogen würden. Es gebe viele Dinge, wie man Biberach attraktiver machen könne. Ein schlechtes Image könne durch ein Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung entstehen.

StR Abele führt aus, für die CDU-Fraktion stehe die Sicherheit im Vordergrund. Die Anbindung der Ortsteile und die Ausdehnung bis ein Uhr finde man daher gut. Der Schwerpunkt der Präsenz sollte in den Abendstunden erfolgen und nicht andere Dinge vordergründig kontrolliert werden. Man erhoffe, dass die erhofften Wirkungen eintreten und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in den Abendstunden zunehme, was auch er als wichtiges Imagemerkmale sieht.

StR Lemli führt aus, wie wichtig der Stadt Ordnung und Sicherheit der Bürger seien, zeigten die Maßnahmen, die die Stadt in der Vergangenheit auf den Weg gebracht habe. Gemeinsam habe man wichtige Einrichtungen auf den Weg gebracht. Er dankt Frau Länge, dass sie schnell erkannt habe, dass Veränderungen im Projekt erforderlich seien.

StR Zügel betont, es handle sich nicht nur um eine Stellenaufstockung, sondern es erfolgten aus Sicht der Bürger qualitative Veränderungen, wie sie OB Fettback dargestellt habe. Es werde also eine Verbesserung in Bezug auf die Sicherheit, die Betreuung bestimmter Gruppen und die Sauberkeit eintreten. Er vermutet, das Drei-Säulen-Modell sei effizienter.

StR Späh spricht sich für die Vorlage aus und meint, eigentlich handle es sich um ein Vier-Säulen-Modell, da die vierte Säule, die Polizei, das Projekt mittragen müsse, um dazu beizutragen, dass die übrigen Säulen das subjektive Sicherheitsgefühl gewährleisten könnten.

StR Funk **beantragt** getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussantrags. Er meint, es könnte sinnvoll sein, Gesetze zu ändern und beispielsweise Frühpensionäre der Polizei auf Abendstreife zu schicken.

Frau Länge lässt wissen, grundsätzlich erfolge der Einsatz bis 24 Uhr, an Freitagen und Samstagen sowie vor Feiertagen wie dem 1. Mai aber bis 1.00 Uhr.

OB Fettback lässt wissen, im Zuge einer Einladung von Tankstellenbetreibern und Einzelhändlern unter dem Stichwort "Vitale Innenstadt" sei deutlich geworden, wie unterschiedlich die Betriebe mit dem Thema Sicherheit umgingen. Er meint, dies sollte einmal nichtöffentlich diskutiert werden.

Ohne weitere Aussprache wird über die einzelnen Ziffern der Vorlage abgestimmt. Ziffer 1 wird einstimmig zugestimmt. Ziffer 2 bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Präsenzdienst im Stadtgebiet Biberach, der vom Dornahof wahrgenommen wird, soll um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2013 verlängert werden. Die Kosten betragen wie bisher jährlich 35.000 € und werden auf HHSt. 1.1100.634000.4 bereitgestellt**
- 2. Die bei der letzten Verlängerung des Präsenzdienstes versuchsweise beschlossene gemeinsame Dienstausbung von Ordnungsamt und Dornahof wird neu strukturiert und fortgeschrieben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 187/2011 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein. Dabei gibt er zu verstehen, dass noch kein Fazit gezogen werden könne. Feststellbar sei jedoch der extrem hohe Erhebungsaufwand und dass auch künftig der Pflegeaufwand hoch sein werde. Aufgrund neuerer Rechtsprechung müsse die Vorlage korrigiert werden und statt von "bebauter Fläche" von "überbauter Fläche" gesprochen werden.

StR Kolesch fragt, wann die endgültigen Bescheide verschickt würden. Außerdem bittet er den Aufwand zur Bearbeitung von Widerspruchsbescheiden zu beziffern. Aufgefallen sei ihm, dass in einer Nachbargemeinde Gebühren von 29 Cent für das Niederschlagswasser verlangt würden. Er fragt, warum in Biberach 42 Cent angesetzt würden und ob es landesweite Vergleichswerte gebe.

Er meint, mittelständische Betriebe könnten teilweise deutlich höhere Kosten haben, wenn sie beispielsweise große versiegelte Fläche hätten, deren Entsiegelung nicht möglich sei. Dies müsse man im Auge behalten und bei Problemen berichten.

StR Dr. Nuding fragt, ob sich die Höhe der von der Stadt zu entrichtenden Beiträge ändere.

StRin Goeth bemerkt, sie habe ihre Fragen im Vorfeld schriftlich gestellt und diese seien beantwortet.

StR Späh bezeichnet die Trennung in Schmutzwasser und Niederschlagswasser als richtige Maßnahme, die auch gut sei, wenn die Stadt mehr bezahlen müsse bzw. dies könne ein Anreiz für weitere Entsiegelungen sein. Er fragt, ob Klagen eingereicht worden seien und ob diese aufschiebende Wirkung hätten.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, durch die rückwirkende Festsetzung rechne er sicher mit Problemen, wenn die Abwasserbescheide verteilt worden seien.

Herr Rechmann lobt die e.wa riss für ihre Unterstützung. Auch er rechne mit Einsprüchen, könne die Zahl aber nicht beziffern. Die Gebühren mit anderen Gemeinden könnten nicht verglichen werden, da alle Kommunen unterschiedliche Modelle und Systeme entwickelt hätten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der von der Firma COMUNA in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung erstellten Gebührenkalkulation (Anlage 2 zu Drucksache 187/2011) der zentralen Abwasserbeseitigung für die Kalkulationsperiode 2010 - 2013 mit den darin enthaltenen Ansätzen und Ermessensentscheidungen in Anlage 1 zu Drucksache 187/2011 wird zugestimmt.**
- 2. Der kostendeckende Gebührensatz für die Kalkulationsperiode 2010 - 2013 wird festgesetzt auf:**

Die Schmutzwassergebühr beträgt je m³ Abwasser	1,69 €
Die Niederschlagswassergebühr beträgt je m² versiegelte Fläche	0,42 €

Wird Abwasser in öffentliche Kanäle eingeleitet, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, beträgt die Gebühr je m³ Abwasser 0,86 €.

- 3. Es wird die in Anlage 3 zu Drucksache 187/2011 beigefügte Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung-AbwS) vom 14. Mai 1990 zuletzt geändert am 15. Dezember 2009 beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 202/2011 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach 2012, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist.

BM Kuhlmann macht darauf aufmerksam, dass man durch die hohen Investitionen deutlich mehr Schulden habe. Im Betrieb ergäben sich keine Veränderungen, was erfreulich sei. Er dankt den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und auch Frau Leonhardt und Herrn Rapp für tatkräftige Unterstützung.

StR Kolesch bezeichnet eine intakte Abwasserbeseitigung als wichtig für die Umwelt. Biberach habe ein hervorragendes Niveau. Dies koste etwas, sei aber auch viel wert. Durch sparsames Wirtschaften müsse man bestmögliche Effizienz anstreben, sprich nicht alles machen, sondern auch die Gebührenzahler im Auge behalten. Da die Gebühren durch die Investitionen ansteigen würden appelliert er Standards zu halten aber mögliche Einsparmaßnahmen umzusetzen.

StR Dr. Nuding signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und macht auf die vielen hundert Kilometer Kanäle aufmerksam, die sich im Boden befinden.

StRin Goeth schließt sich den Ausführungen StR Koleschs an. Sie merkt noch an, dass statt Zinsen an Banken Zinsen an die Stadt fließen sollten, wie dies künftig geplant sei.

StRin Sonntag dankt Frau Leonhardt für die verständliche Darstellung. Dem Bürger müsse man klar machen, dass er Anreiz habe, mit Wasser sparsam umzugehen und dass hierfür Möglichkeiten bestünden. Es müsse vermittelt werden, dass gute Wasserqualität ihren Preis habe.

StR Funk findet es wichtig in Erinnerung zu behalten, warum der Eigenbetrieb gegründet wurde.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Entwicklung zu Hofen gehe voran und man hoffe 2012 umsetzen zu können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2012 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

**§ 1
Haushaltsplan**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **ERGEBNISHAUSHALT** mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	6.043.000 €
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	-6.073.000 €
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-30.000 €

Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0 €
Veranschlagtes Sonderergebnis	0 €

Veranschlagtes Gesamtergebnis **-30.000 €**

2. im **FINANZHAUSHALT** mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.277.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.668.000 €
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.609.000 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	180.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-4.677.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-4.497.000 €

Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf **-2.888.000 €**

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.910.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.022.000 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	2.888.000 €

Änderung des Finanzierungsmittelbestands **0 €**

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 3.910.000 €.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 2.420.000 €.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 196/2011 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach 2012, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist.

EBM Wersch würdigt den Wirtschaftsplan und zeigt auf, der Eigenbetrieb nehme eine positive Entwicklung und erfülle seine Aufgaben in vollem Umfang. Er dankt den Mitarbeitern.

OB Fettback dankt EBM Wersch und dem Eigenbetrieb sowie dem Ordnungsamt, die bei der Unterbringung Obdachloser sehr gut zusammenarbeiteten.

StR Funk findet die Wohnungsverwaltungsvergütung gering, sofern eine Generalverwaltung erfolge. Er erkundigt sich nach der Anzahl der Stellplätze beim Neubau.

EBM Wersch antwortet, seines Wissens handle es sich um 10 Stellplätze, die man teilweise verlegen müsse im Zuge einer Bereinigung.

Man sei dabei, die Höhe der Verwaltervergütung zu überprüfen und es seien Anpassungen vorgesehen. Zu den Wohnungsverwaltungsgebühren kämen fünf Prozent Instandhaltungskosten. Er habe immer die Auffassung vertreten, dass der Bestand erhalten werden solle, weshalb Neubauten dann erfolgten, wenn man manches abgeschossen habe. Man sei im Gespräch mit verschiedenen externen Trägern wie der Caritas und dem Dornahof, möglicherweise einen Wohnungsmix für sozial Schwächere und Behinderte anzubieten. Im Wirtschaftsplan seien nur Mittel vorgesehen, damit planerisch begonnen werden könne. Details müssten vom Gemeinderat beschlossen werden.

StR Hagel bezeichnet den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft als Erfolgsgeschichte. Im Laurenbühl verzeichne man inklusive der gestiegenen Energiekosten fast zehn Prozent Mietpreissteigerung. Man müsse darauf achten, dass Mieter nicht aus den Wohnungen herausaniert würden, da auch Einkommensschwache eine Chance haben sollten. Die Planung für einen Neubau finde er toll.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz -EigGB) in der Fassung vom 4. Mai 2009 (Gesetzblatt 185) wird der vorliegende Wirtschaftsplan 2012 (Anlage) wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

- | | |
|----------------|----------------|
| • Erträge | 1.674.000,00 € |
| • Aufwendungen | 1.376.000,00 € |
| • Jahresgewinn | 298.000,00 € |

2. Vermögensplan

• Finanzierungsbedarf (Ausgaben)	1.024.000,00 €
• Finanzierungsmittel (Einnahmen)	1.024.000,00 €
3. Kreditaufnahme	440.000,00 €
4. Höchstbetrag der Kassenkredite	250.000,00 €

TOP 8 Bebauungsplan "GE 1 - Flugplatz/Grünzug Weißes Bild"
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
b) Billigung des Regelwerkentwurfes

197/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 197/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 12.12.2011.

OB Fettback bezeichnet dringend Verhandlungen bezüglich eines Interkommunalen Gewerbegebiets als erforderlich. Liebherr wolle nicht nach Schemmerhofen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Späh, Sonntag) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Planwerkentwurf "GE 1 – Flugplatz/Grünzug Weißes Bild" wird zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 891/25 Index 3 vom 18.11.2011.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 188/2011 zur Beschlussfassung vor. Im Bauausschuss wurde zugesagt, laufend über die Vergaben zu berichten und bei Abweichungen vom Kostenrahmen die Gremien einzuschalten.

StR Abele **beantragt** getrennte Abstimmung. Der Dezernatoptimierung werde man zustimmen. Bei der Veränderung der Vergabepraxis werde nicht einheitlich abgestimmt.

StR Dr. Nuding führt aus, da man bei derartigen Vergaben ohnehin keine Entscheidungsmöglichkeit habe, sei die geplante Vorgehensweise nur folgerichtig.

StR Zügel findet das Argument der Verwaltungsvereinfachung entscheidend. Man habe Vertrauen in die Verwaltung, dass korrekt berichtet werde. Die Ausführung "auf Probe" verstehe er so, dass nach zwei Jahren eine Vorlage zur Entscheidung vorgelegt werde.

OB Fettback bestätigt dies. Überdies habe man regelmäßige Berichte zugesagt.

Anschließend wird über die einzelnen Ziffern des Beschlussantrags getrennt abgestimmt. Ziffer 1 wird bei 4 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen der CDU-Fraktion sowie restlichen Ja-Stimmen zugestimmt. Ziffer 2 wird einstimmig zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die 9. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung wird beschlossen (Anlage zu Drucksache Nr. 188/2011).**
- 2. Die Verwaltung wird verpflichtet, nach Vergabevorgängen im Baubereich von über 100.000 € im Einzelfall durch die Verwaltung dem Bauausschuss zeitnah eine schriftliche Information über Vergabe, Baustellenverlauf, Entwicklung von Terminen und Kosten vorzulegen (Berichtswesen).**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 191/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.12.2011.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Aufhebung des Sperrvermerks auf der HHSt. 1.6100.619200.2-000 in Höhe von 15.000 € wird zugestimmt.**
- 2. Für das Gebiet "Hochvogelstraße/Widdersteinstraße" wird ein Entwicklungskonzept durch ein externes Planungsbüro erarbeitet. Die Kosten hierfür werden durch die HHSt. 1.6100.619200.2-000 gedeckt.**

TOP 11 Dank an den Gemeinderat für das abgelaufene Jahr

OB Fettback zieht Resümee, was man im abgelaufenen Jahr erreicht habe und was nicht und schickt diesen Ausführungen seinen Dank an den Gemeinderat voraus. Die Waage schlage zugunsten des gemeinsam Erreichten aus. Er wolle letztmals Bezug auf den Krach vor einem Jahr nehmen, bei dem man sehr viel gelernt habe, wofür er sehr dankbar sei.

Viele aber nicht alle Maßnahmen des abgelaufenen Jahres seien im Weihnachtsbrief enthalten. Beispielsweise nicht der Beschluss zur Abschaffung der unechten Teilortswahl und der Prozess um den European Energy Award. Viele Themen habe man nicht gesucht, mit denen man sich beschäftigt habe, wie beispielsweise das Thema Sicherheit an Schützen. Dies sei aber wichtig. Daneben gebe es Themen, die man besetze und die immer wichtig seien wie beispielsweise Bildung und Betreuung mit dem Spatenstich zum Räumlichen Bildungszentrum. Die Fortsetzung des Präsenzdienstes bezeichne er als Bildung auf der Straße. Einiges sei schief gegangen, aber nichts Gravierendes. Dabei nennt er die Wieland-Stiftung, für die man sich mehr Zustiftungen gewünscht habe. Die Hindenburgstraße habe man umgestaltet und mangels Zeit auf eine Eröffnung nach der Fertigstellung verzichtet. Er äußert die Hoffnung auf nun langsamere Zeiten, empfiehlt allen, Pause zu machen, sich eine Auszeit zu nehmen und diese zum Nachdenken zu nutzen.

Es wird applaudiert.

TOP 12 Verschiedenes - Weihnachtswünsche des ersten ehrenamtlichen OB-Stellvertreters

StR Wiest dankt für die warmen Worte, die OB Fettback gefunden habe. Den jährlichen Rückblick bezeichnet er als Ritual. Rituale benötige der Mensch zu Orientierung und Ordnung. Jedes Jahr habe aber seine eigene Geschichte, was dafür Sorge, dass aus einem Ritual keine Floskel werde.

Er bezeichnet die Haushaltsberatungen als sehr entspannt. Vor einem Jahr sei man sprachlos gewesen ob der schwierigen Situation, der Prozess mit Prälat Klumpp sei aber erfolgreich gewesen. Er äußert die Hoffnung, dass durch die Dezernatsoptimierung noch mehr zusammenwachsen. Die Streitkultur bezeichnet er als wichtig und nennt dabei beispielsweise die Diskussionen um die Abschaffung der unechten Teilortswahl und die Geburt des Mitteilungsblattes. Beide Projekte hätten einige Wehen benötigt, es habe aber kein Nachtreten gegeben.

Die Klausurtagung habe die Haushaltsberatungen entlastet, da man bereits gemeinsam die Prioritäten bis zum Jahr 2016 festgelegt habe. Dies seien 40 Mio. Euro, die neben der mittelfristigen Finanzplanung stünden; natürlich unter dem Finanzierungsvorbehalt.

Man habe den Eindruck, Biberach befinde sich tatsächlich auf der Insel der Glückseligen. Dies sei Grund zur Dankbarkeit und zugleich zu Stolz. Aber auch wenn die Bäume in Biberach schneller wüchsen, sie wüchsen nicht in den Himmel. Es sei daher zentrale Aufgabe von Verwaltung und Gemeinderat, Risikovorsorge für schlechte Zeiten zu treffen, wie man dies in der Vergangenheit getan habe. Man habe Mitverantwortung für die Balance in der Stadt und sei daher froh an den ehrenamtlich Tätigen, die Sorge trügen, dass Biberach lebens- und liebenswert bleibe.

Er dankt der gesamten Verwaltung und den Ortsvorstehern und überreicht stellvertretend Frau Appel als Dank einen Blumenstrauß.

Es wird applaudiert.

Gemeinderat, 15.12.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback (ohne TOP 6)

Vorsitzender::

EBM Wersch (bei TOP 6)

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

BM Kuhlmann